Wirtschaftschronik

Autor(en): **Oeconomicus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 11: **Leistungsgesellschaft**

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-162380

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

scheuen, öffentliche Aufgaben im Nebenamt zu übernehmen. Wer in seinem Berufe gewohnt ist, ganze Arbeit zu leisten, der gibt sich nicht leicht dazu her, gleichsam mit der linken Hand Aufgaben des Gemeinwesens zu lösen, bei denen immer mehr an Mitteln und an politischem Vertrauenskapital auf dem Spiele steht.

Fortschritt oder Ausverkauf in der Hochschulpolitik?

Dass das Hochschulwesen – und mit ihm das Bildungswesen aller Stufen – der Reformen bedarf, ist weit herum zur Selbstverständlichkeit geworden. Wie weit man dabei im einzelnen gehen solle, ist allerdings eine andere Frage. Mit der Verwerfung des ETH-Gesetzes am 1. Juni 1969 ist auch auf eidgenössischer Ebene Gelegenheit geboten, anhand der nun ausgearbeiteten Übergangsregelung einige Fragen durchzuexerzieren. Und man wird nicht fehlgehen in der Annahme, dass damit nicht nur das definitive ETH-Gesetz präjudiziert wird, sondern dass der Diskussion Modellcharakter auch für die kantonalen Hochschulen zukommt.

Der im Dezember veröffentlichte Vorschlag des Bundesrates zur Übergangsregelung brachte insbesondere in der Frage des Mitspracherechts eine differenzierte Lösung, wobei sich die Mitsprache der Studenten, Assistenten und Bediensteten auf den eigentlichen Lehrbetrieb beschränken sollte. Die Kommission des Nationalrates hat nun in der zweiten Januarwoche in einer politisch spektakulären Bewegung beschlossen, dem Plenum eine weitergehende «Demokratisierung» vorzuschlagen und für ein materiell unbegrenztes Mitspracherecht einzutreten. Die Frage ist es wert, sehr genau durchdiskutiert zu werden. Unter Umständen könnte es sein, dass hier «weniger» trotz allem «mehr» wäre.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Seilziehen um das schweizerische Konjunkturdämpfungsprogramm

Das bereits im letzten Jahr angekündigte Konjunkturdämpfungsprogramm lässt noch immer auf sich warten. In Bern herrscht zwar eine «hektische» Betriebsamkeit; aber die Anstrengungen haben noch zu keinen greifbaren Resultaten geführt. Im Zentrum des Programms stehen bekanntlich die *Senkung der Einfuhrzölle* über eine Vorverlegung der noch aus der Kennedy-Runde fälligen Zollsenkungen sowie die Erhebung eines *Exportdepots* von schätzungsweise 5% (über die Höhe des Satzes wird noch «gestritten»). Die Zollsenkungen dürften Ende des Monats bekanntgegeben werden; die Verzögerung hängt mit dem Druck des neuen Zolltarifs zusammen.

Einige Schwierigkeiten bietet nach wie vor die Erhebung eines Exportdepots. Einige Bereiche der Exportindustrie setzen sich mit Vehemenz zur Wehr, während andere Kreise diese Massnahme grundsätzlich akzeptieren, aber noch um den Prozentsatz feilschen. Da die Bundeskompetenz für eine solche Massnahme nicht über alle Zweifel erhaben ist, hat sich der Bundesrat entschlossen, diese Frage in der Märzsession dem *Parlament* vorzulegen. Dieses Vorgehen ist taktisch zweifellos richtig, hat aber anderseits den Nachteil, dass nochmals eine Verzögerung von einigen Wochen eintritt. Und da mit einem zunehmendem zeitlichen Hinausschieben die Wirksamkeit der Konjunkturpolitik sinkt, darf man sich fragen, inwieweit das bundesrätliche Konjunkturdämpfungsprogramm der gegenwärtigen Situation über-

haupt noch angemessen ist. Die Spannungen im Preisgefüge sind nun offensichtlich, ist doch ein zunehmendes Auseinanderklaffen der Grosshandelspreise und der Konsumentenpreise festzustellen; der Anstieg bei den Grosshandelspreisen für Importwaren betrug im letzten Jahre nicht weniger als 8,6%! In dieser Lage verdient positiv gewürdigt zu werden, dass sich wenigstens die Banken mit der Notenbank auf eine weitere *Senkung der Kreditzuwachsraten* einigen konnten. Die Banken erwarten nun mit Recht, dass auch die andern Wirtschaftszweige ihren Konjunkturdämpfungsbeitrag leisten.

Japans wirtschaftlicher Vormarsch

An dieser Stelle verdient auch einmal auf *Japan* hingewiesen zu werden, das sich in den vergangenen Jahren, gemessen am Bruttosozialprodukt, nach den USA nun zur zweitgrössten Wirtschaftsmacht in der Welt aufgeschwungen hat. *Yusuke Kashiwagi*, Vizefinanzminister, legte kürzlich in der *Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft* einige Gründe dar, die an der Basis dieser erstaunlichen Entfaltung liegen. Einen entscheidenden Punkt erkennt Kashiwagi in der ausserordentlich hohen *Sparrate* der japanischen Bevölkerung, die auf einem traditionsgebundenen Verhalten ruht und vom Staat wirtschaftspolitisch nach Kräften gefördert wird. Selbst eine Geldentwertung von 5%, die von der japanischen Wirtschaftspolitik als Preis für rasches Wachstum akzeptiert wird, hat die Sparneigung nicht ernstlich beeinträchtigt. Allerdings wird künftig auch Japan dem Postulat der relativen Geldwertstabilität vermehrte Aufmerksamkeit schenken müssen; und dies um so mehr, als sich in der Wirtschaft nun einige Engpässe abzeichnen, so etwa besonders deutlich erkennbar auf dem Arbeitsmarkt.

Positiv würdigte der Referent sodann die japanische Technik der *gesamtwirtschaftlichen Planung*, die natürlich keinen imperativen Charakter hat, sondern mehr als generelle Orientierung über die wünschenswerte gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verstehen ist. Der Referent glaubt aber, dass sie insofern für die Stärkung des *Vertrauens* in die Wirtschaft wichtig ist, als sie praktisch einen offiziellen programmatischen Charakter hat und damit die Intentionen der Regierung spiegelt. Die Frage, ob sich die tatsächliche Entwicklung auf den geplanten Spuren bewegt, ist dabei nicht so bedeutungsvoll; bedeutungsvoll ist dagegen, dass die generelle Entwicklungsrichtung als wirtschaftspolitischer Wille der Regierung zum Ausdruck kommt.

Die Entwicklungsperspektiven beurteilte der Referent durchaus *zuversichtlich*. Er sagte ein weiterhin starkes Wachstum voraus, das mit einer zunehmenden Liberalisierung der Wirtschaft und ihrem weitern Einbau in die Weltwirtschaft parallel gehen wird. Japan wird dabei aber seine Anstrengungen vermehrt auf die *Forschung* legen müssen. Ein besonderes Problem eröffnet sich dem Lande zufolge seiner Rohstoffarmut darin, dass mit einer weitern Ausdehnung der industriellen Produktion auch die Importe entsprechend wachsen werden, mithin die Handels- und Zahlungsbilanz belasten. Trotzdem blieb der Vortragende bezüglich der Zahlungsbilanzaussichten optimistisch; die Zahlungsbilanz war ja lange Zeit *das* Sorgenkind der japanischen Wirtschaftspolitik.

Anhaltende Stabilitätssorgen in der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik hat nach wie vor *Stabilitätssorgen*. Der Versuch, mit einer neuen «konzentrierten Aktion» (Sozialpartnergespräche) zum Ziel zu kommen, ist wenig erfolgreich verlaufen. Zwölf Stunden haben im Bonner Wirtschaftsministerium die Spitzenorganisationen der Unternehmer, der Gewerkschaften, die Bundesbank und der Volkswirtschaftliche Sachverständigenrat mit den zuständigen offiziellen Stellen konferiert, ohne dass aber eine Einigung darüber, wie sich Staat, Unternehmer und Gewerkschaften in der

gegenwärtigen Phase verhalten sollen, erzielt werden konnte. Das Communiqué spricht jedoch davon, dass sich die neue Schillersche Forderung von der «Politik der Stabilisierung ohne Stagnation» ohne besondere Anstrengung 1970 kaum erfüllen lasse.

Inzwischen hat das Bundeskabinett ein *Konjunkturprogramm* verabschiedet, das sich im wesentlichen auf die folgenden Punkte bezieht: Begrenzung des Bundeshaushaltes 1970; Aufschiebung von geplanten Steuersenkungen; Bildung von Konjunkturrücklagen beim Bund und bei den Ländern; Förderung der Vermögenspolitik; Zurückhaltung bei den administrativ beeinflussten Preisen; Massnahmen zur Stabilisierung der Kapitalbewertungen.

Wahltaktisch motivierte Wirtschaftspolitik in England?

In England mehren sich die Anzeichen, die darauf hindeuten, dass die Regierung Wilson eine dem Wähler «wohlgefällige» Wirtschaftspolitik zu betreiben beginnt; die Unterhauswahlen müssen bekanntlich spätestens im Frühjahr 1971 über die Bühne. Besonders auffällig zeigt sich dies in der *Lohnpolitik*. Die Lohnforderungen nehmen in England bisweilen geradezu groteske Ausmasse an. Obwohl die Regierung Wilson bisher immer auf die einkommenspolitisch motivierte Limitierung von Lohnerhöhungen grossen Wert legte, lockerte sie ausgerechnet in einem Moment die staatlichen Lohnkontrollen, in dem der Lohndruck seit langem am stärksten ist. Von einer eigentlichen Einkommenspolitik kann heute in England keine Rede mehr sein. Dieses Vorgehen findet natürlich den Beifall der Gewerkschaften, während die Unternehmer die Regierung deshalb heftig kritisieren, weil sie anderseits keine adäquate Lockerung in der Preispolitik verfügte.

Oeconomicus